

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS PER 31. DEZEMBER 2021

I. ALLGEMEINE ANGABEN

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Der Österreichische Rundfunk ist per Gesetz (ORF-Gesetz BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/2018 vom 14. August 2018) seit 1. Jänner 2002 als Stiftung des öffentlichen Rechts eingerichtet und besitzt Rechtspersönlichkeit. Er gilt als Unternehmer im Sinne des Unternehmensgesetzbuches (UGB) und ist im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter der Nummer FN 71451a protokolliert.

In seiner Rechnungslegung hat er die §§ 189 bis 216, §§ 222 bis 234, §§ 236 bis 239, § 242, §§ 244 bis 267 und §§ 277, 280 und 281 UGB sinngemäß anzuwenden. Der Erstkonsolidierungszeitpunkt war der 1. Jänner 2002.

Die bisherige Form der Darstellung wurde grundsätzlich bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses beibehalten.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses werden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 196 und 211 UGB und unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 222 bis 243 UGB vorgenommen.

Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf manche Geschäftsbereiche der Gesellschaft konnten durch andere Geschäftsbereiche im Wesentlichen wieder aufgefangen werden. Auf diese wird im Lagebericht näher eingegangen.

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2021.

2. Konsolidierungskreis, Angaben zum Beteiligungsbesitz

Der ORF als Muttergesellschaft stellt den Konzernabschluss auf und wird dieser beim Firmenbuchgericht in Wien hinterlegt.

Der Beteiligungsbesitz zum 31. Dezember 2021 wird im Beteiligungsspiegel (Anlage 2 zum Anhang) dargestellt.

Vollkonsolidierte Unternehmen sind mit den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2021 in den Konzernabschluss einbezogen.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 27. März 2020 übernahm rückwirkend mit 1. Jänner 2020 die ORF Online und Teletext GmbH & Co KG sämtliche Geschäftsanteile der ORS comm GmbH & Co KG sowie der ORF-Enterprise GmbH & Co KG an der Flimmit GmbH, welche im Zuge dessen in eine GmbH & Co KG umgegründet und neu dem öffentlich-rechtlichen Bereich zugeordnet wurde.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 2. April 2020 wurden die bisher von der HB Vermarktung GmbH gehaltenen Anteile an der simpli services GmbH & Co KG in Höhe von 10,71 % an die ORS comm GmbH & Co KG übertragen, womit sie nun alleiniger Kommanditist der Gesellschaft ist.

Folgende verbundene Unternehmen wurden aufgrund ihres geringen Geschäftsumfangs nicht in den Konzernabschluss aufgenommen:

Als reine Arbeitsgesellschafter einer GmbH & Co KG tätige Gesellschaften:

ORF Online und Teletext GmbH
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH
ORF Landesstudio Service GmbH
ORF-Enterprise GmbH
ORF Marketing & Creation GmbH
Österreichische Rundfunksender GmbH
simpli services GmbH
ORS comm GmbH

Das einzige Geschäftsfeld der ORF-Budapest Rádió-és Televízió Kft. ist die Vermietung einer Liegenschaft in Budapest an den ORF.

Die ORF srl. in Bozen produziert Südtirol heute und betreibt das Korrespondentenbüro Rom.

Die Auswirkungen aller nicht konsolidierten aber grundsätzlich konsolidierungspflichtigen Gesellschaften sind unwesentlich.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Gliederung, Ansatz und Bewertung erfolgen im Konzernabschluss für vollkonsolidierte Gesellschaften nach den gleichen Grundsätzen wie für die Muttergesellschaft. Für Gesellschaften, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurde keine Anpassung der Bewertung vorgenommen.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, erstellt.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wird der Grundsatz der Einzelbewertung unter dem Gesichtspunkt der Fortführung des Unternehmens angewendet. Dem Vorsichtsprinzip wird dadurch Rechnung getragen, dass insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr entstanden sind, werden berücksichtigt.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, wurden diese bei Schätzungen berücksichtigt.

Die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Konzernabschlusses richten sich nach den §§ 244 bis 267 UGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2021. Alle konsolidierten Einzelabschlüsse werden in Euro erstellt. Eine Währungsumrechnung ist daher nicht erforderlich.

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgte nach der Buchwertmethode. Aus der Erstkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital unter den freien Rücklagen ausgewiesen, aktive Unterschiedsbeträge im Anlagevermögen als Firmenwert, wobei diese über 5 Jahre abgeschrieben werden. Seit dem RÄG 2014 werden alle Tochterunternehmen nach der Neubewertungsmethode einbezogen.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 255 UGB erfolgt durch Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften.

Aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung sind sämtliche konzerninterne Lieferungen und Leistungen eliminiert. Ebenso sind alle Zwischengewinne erfolgswirksam ausgeschieden.

2. Anlagevermögen

In Fremdwährung angeschaffte Gegenstände des Anlagevermögens werden mit dem Entstehungskurs erfasst.

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung nachhaltig weggefallen sind. Die Zuschreibung erfolgt auf maximal den Nettobuchwert, der sich unter Berücksichtigung der Normalabschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, ergibt.

a) Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden, soweit gegen Entgelt erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert. Geringwertige immaterielle Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert unter 800,00 Euro - Vorjahr: 400,00 bzw. je 800,00 Euro) werden aktiviert und sofort abgeschrieben. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände werden als Aufwand erfasst. Der Rahmen für die linearen Abschreibungen beträgt 4 bis 10 Jahre.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

b) Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet.

Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstückseinrichtungen	33
Wohngebäude	50
Geschäftsgebäude	50
Investitionen in fremde Gebäude anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 2 bis 25

Geringwertige Vermögensgegenstände bis 800,00 Euro (Vorjahr: entweder bis 400,00 Euro oder bis 800,00 Euro Büromöbel, Arbeitsplatzbeleuchtung) werden aktiviert und im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Zugänge in der ersten Jahreshälfte wird die volle, und für Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung berechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, soweit die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist.

c) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizulegen ist, mit diesem angesetzt, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Als assoziiertes Unternehmen wird die Beteiligung an der Austria Presse Agentur reg. Gen. m.b.H. ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt nicht zu historischen Anschaffungskosten, sondern den entsprechend der Buchwertmethode im Rahmen der Equity-Konsolidierung ermittelten Beträgen.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt.

3. Umlaufvermögen

In Fremdwährung angeschaffte Gegenstände des Umlaufvermögens werden mit dem Entstehungskurs erfasst.

a) Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Waren werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten oder beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Die Anschaffungskosten werden einzeln bzw. nach dem gewogenen Durchschnittspreisverfahren ermittelt. Zum Ausgleich von Überalterung und sonstigen Risiken wird bei der direkten Einsatzermittlung eine Wertberichtigung von 10 % bzw. bei der indirekten Einsatzermittlung eine von 20 % vorgenommen.

Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie der nicht abrechenbaren Leistungen erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag.

Abgespielte Filmrechte mit Anschaffungskosten größer als 100,0 Tsd. Euro, welche ein nochmaliges Recht zur Ausstrahlung haben, werden bei Erstausstrahlung prinzipiell zu 50 % erfolgswirksam erfasst. Eine zusätzliche erfolgswirksame Erfassung erfolgt in dem Ausmaß, dass der wertmäßige Anteil der gesplittet ausgestrahlten Filme entsprechend dem langjährigen Durchschnitt unter 10 % zu liegen kommt, wodurch ein überproportionaler Lageranstieg in diesem Bereich vermieden werden soll.

Falls Programmmaterialien in der Sendefähigkeit eingeschränkt sind, werden im Bedarfsfall Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Zum Ausgleich des Risikos der Verwertbarkeit wird eine Abwertung von 10 % des Bestandes vorgenommen. Produktionen aus der Filmförderung werden einzelwertberichtigt.

Bei Aufträgen, deren Ausführung sich über mehr als zwölf Monate erstreckt, werden angemessene Teile der Verwaltungs- und Vertriebskosten angesetzt, da wegen des stark schwankenden Bestandes an solchen Aufträgen nur durch diesen Ansatz ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erzielbar ist.

b) Forderungen

Forderungen werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgt zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles mit dem aktuellen Kurs. Zum Bilanzstichtag erfolgt bei den Forderungen eine Bewertung mit dem Stichtagskurs, sofern der Stichtagskurs niedriger als der Entstehungskurs ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Für erkennbare Risiken werden individuelle ansonsten in Abhängigkeit von der Überfälligkeit pauschale Einzelwertberichtigungen vorgenommen:

Teilnehmerentgelte:

Überfällig	Wertberichtigung
bis 3 Monate	5 %
bis 6 Monate	35 %
bis 12 Monate	75 %
bis 24 Monate	85 %
bis 36 Monate	90 %
über 36 Monate	100 %

Werbung und sonstige Forderungen:

überfällig	Wertberichtigung
3 Monate	20 %
6 Monate	40 %
12 Monate	60 %
24 Monate	100 %

c) Aktive latente Steuern

Da der ORF lt. ORF-Gesetz ein nicht auf Gewinn gerichtetes Unternehmen ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass künftig positive steuerliche Ergebnisse erwirtschaftet werden. Folglich können keine aktiven latenten Steuern angesetzt werden.

4. Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen berücksichtigt, die bestmöglich geschätzt werden. Langfristige Rückstellungen werden mit einem Zinssatz entsprechend ihrer Fristigkeit von Unternehmen hoher Bonität abgezinst.

Sozialkapitalrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Teilwertverfahren, Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der durch das Budgetbegleitgesetz 2003 eingeführten gesetzlichen Veränderungen gestaffelt nach Alter zwischen 57 und 65 Jahren, wobei bei der Mehrzahl der weiblichen Mitarbeiter das 58. Lebensjahr und der männlichen Mitarbeiter das 62. Lebensjahr Anwendung fand) gebildet. Kollektivvertragliche Vorrückungen und kollektivvertraglich vorgesehene Laufbahnentwicklungen werden bei Abfertigungen und Pensionsanwartschaften individuell berücksichtigt.

Ein Fluktuationsabschlag kommt wie im Vorjahr nicht zur Anwendung.

Den Rechnungszinssätzen für die Sozialkapitalrückstellungen wird ein 10-Jahres-Durchschnittszinssatz (entsprechend der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank) basierend auf dem Euro-Festzinsswap zuzüglich dem Marktaufschlag für Unternehmensanleihen hoher Bonität zugrunde gelegt, wobei als Restlaufzeit jeweils die durchschnittlichen Verpflichtungsdauern der Abfertigungs- und Pensionsverpflichtungen zur Anwendung kommen.

Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 7 Jahren (Vorjahr nach RÄG 2014: 7 Jahre) und einer erwarteten Steigerungsrate von 1,80 % (Vorjahr: 3,02 %), ergibt sich für die Abfertigungsrückstellungen ein Rechnungszinssatz von 1,15 % (Vorjahr: 1,59 %).

Unter Berücksichtigung durchschnittlicher Restlaufzeiten von 13 bzw. 21 Jahren (Vorjahr: 13 bzw. 21 Jahre) und einer erwarteten Steigerungsrate von 1,80 % (Vorjahr: 2,26 %), ergibt sich für die Pensionsrückstellungen ein Rechnungszinssatz von 1,76 % bzw. 1,76 % (Vorjahr: 2,16 % bzw. 2,16 %).

Die Zinsen auf die Rückstellungen für Sozialkapital sowie Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden im Finanzergebnis erfasst.

In den Aufwendungen für Altersversorgung sind 8.562.856,01 Euro enthalten, die auf Pensionszusagen zurückzuführen sind, für die ausschließlich Beiträge bezahlt werden.

Per 31. Dezember 2021 betrug die Gesamtpensionsverpflichtung der an die Pensionskasse ausgelagerten Pensionsverpflichtung 53.797.535,00 Euro. Dieser wurde nach Plänen getrennt mit dem Deckungskapital in der Pensionskasse saldiert.

Die zum Jahresende nicht konsumierten Urlaubstage (vermindert um Urlaubsvorgriffe) sind die Basis für die Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube. Die Bewertung erfolgt für jeden Dienstnehmer individuell nach seinem aktuellen Bezug und unter Einbeziehung der Lohnnebenkosten. Entsprechend den durchschnittlichen Produktivstunden im ORF von 1.700 Stunden pro Mitarbeiter und Jahr wird ein Monatsteiler von 17,71 verwendet.

Rückstellungen für eventuell vorhandene Zeitguthaben der Dienstnehmer werden mit der gleichen Bewertungsmethode berechnet.

Die sonstigen Rückstellungen werden für alle übrigen dem Grunde oder in ihrer Höhe nach ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Lizenzgebühren und Aufführungsrechte, welche bereits vor 10 Jahren oder davor gebildet wurden, wurden aufgelöst, da aus der bisherigen Historie nicht mehr mit einer Verwendung derselben zu rechnen ist.

Für unterlassene Instandhaltungen der ORF Bauobjekte wurde auch im Berichtsjahr (wie im Vorjahr) eine Aufwandsrückstellung für notwendige unterlassene Instandhaltungsarbeiten eingestellt.

5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgt zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles mit dem aktuellen Kurs. Zum Bilanzstichtag erfolgt bei den Verbindlichkeiten eine Bewertung mit dem Stichtagskurs, sofern der Stichtagskurs höher als der Entstehungskurs ist.

6. Passive Rechnungsabgrenzung

Eine nicht dem ORF-Gesetz entsprechende Verwendung der Gebühren ist dem Sperrkonto gemäß § 39c ORF-Gesetz zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Die Zuweisungen zum Sperrkonto haben in Form einer gesonderten Überweisung der jeweiligen Mittel auf ein separates Konto zu erfolgen. Neben dem aktivseitigen Ausweis ist das Sperrkonto seinem Charakter entsprechend passivseitig abzugrenzen und stellt kein Eigenkapital dar.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVA

A. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten werden im Anlagenspiegel dargestellt (Anlage 1 zum Anhang).

Die Position immaterielle Vermögensgegenstände enthält Mietrechte, Servitute, Nutzungsrechte und Software.

Die nicht zuordenbaren aktiven Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung werden als Firmenwert ausgewiesen und über fünf Jahre abgeschrieben. Sie weisen per 31.12.2021 einen Buchwert von 473.642,20 Euro (Vorjahr: 632.960,85 Euro) auf. Der aus der Erstkonsolidierung 2016 stammende Unterschiedsbetrag der Flimmit GmbH wurde in 2017 zur Gänze in Höhe von 1.319,5 Mio. Euro außerordentlich abgeschrieben.

Aktive und passive Unterschiedsbeträge zum Zeitpunkt der jeweiligen Erstkonsolidierung:

Gesellschaft	Erstkonsolidierungszeitpunkt	Aktiver Unterschiedsbetrag
GIS Gebühren Info Service GmbH	01.01.2002	440.455,44
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH (vormals: TW1-Tourismuserfernsehen GmbH)	*) 01.01.2005	2.480.852,39
Flimmit GmbH	01.01.2016	1.649.320,15
simpli services GmbH & Co KG	01.01.2020	789.403,64

*) Änderung von Equity-Konsolidierung in Vollkonsolidierung

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen für das Jahr 2022 rund 10,0 Mio. Euro (Vorjahr: 8,4 Mio. Euro) und für die nächsten fünf Jahre werden, bei unverändertem Zinsniveau, kumuliert rund 51,9 Mio. Euro (Vorjahr: 43,6 Mio. Euro) geschätzt.

Grundlage für die At Equity Bewertung der APA ist die Konzern-Forecastrechnung für 2021 zum 3. Quartal 2021, da der endgültige Konzernabschluss 2021 bei der Erstellung des Konzernabschlusses noch nicht vorliegt. Im Vorjahr wurde die Konzern-Forecastrechnung für 2020 zum 3. Quartal 2020 herangezogen.

Der beizulegende Wert der Wertpapiere des Anlagevermögens per 31.12.2021 beträgt 218,1 Mio. Euro (Vorjahr: 246,5 Mio. Euro).

In den sonstigen Ausleihungen sind Beträge in Höhe von 36,2 Tsd. Euro enthalten (Vorjahr: 30,5 Tsd. Euro), davon beträgt die Restlaufzeit bei 31.887,65 Euro (Vorjahr: 28,2 Tsd. Euro) weniger als ein Jahr und bei 4.360,37 Euro (Vorjahr: 2,3 Tsd. Euro) mehr als ein Jahr.

B. Umlaufvermögen

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mussten pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 49.225,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 46.255,5 Tsd. Euro) gebildet werden.

Bei den sonstigen Forderungen mussten pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 58,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 68,4 Tsd. Euro) gebildet werden.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung miteinbezogen werden, betreffen zu 385,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 468,6 Tsd. Euro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und zu 30,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 31,3 Tsd. Euro) sonstige Forderungen.

Die Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen zur Gänze sonstige Forderungen (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro).

In den sonstigen Forderungen sind Erträge von 5.135,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.782,3 Tsd. Euro) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus der periodengerechten Zuordnungen von Aufwendungen und betragen 22.527,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 26.562,5 Tsd. Euro).

Die aktiven latenten Steuern betragen zum Bilanzstichtag 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro), da künftig nicht von einem positiven steuerlichen Ergebnis ausgegangen wird.

PASSIVA

A. Eigenkapital

Das Widmungskapital bleibt im Geschäftsjahr mit 200,0 Mio. Euro unverändert.

Im Jahr 2021 wurde im ORF-Konzern ein Ergebnis von 10.476,2 Tsd. Euro aus „Stand-alone“ kommerziellen Tätigkeiten erzielt.

Jahresergebnisse aus "Stand-alone" kommerziellen Tätigkeiten:

(in Tsd. Euro)	31.12.2020	31.12.2021
Österreichischer Rundfunk	20.503,3	4.659,1
ORS comm GMBH & Co KG (ORF-Anteil)	4.596,1	4.019,5
ORF-Enterprise GmbH & Co KG	1.642,9	1.798,1
GIS Gebühren Info Service GmbH	26,4	19,3
simpli services GmbH & Co KG (ORF-Anteil)	153,7	-19,8
	26.922,4	10.476,2

Stand-alone kommerzielle Geschäfte sind nicht öffentlich-rechtlich und nicht konnex kommerziell (sie stehen nicht im Zusammenhang mit der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags).

Die Widmungsrücklage gem. § 39 Abs. 2 ORF-Gesetz in Höhe von 4.015,0 Tsd. Euro wird im laufenden Geschäftsjahr zur Gänze aufgelöst.

Die Summe aus dem stand-alone Ergebnis des ORF inklusive den ausgeschütteten stand-alone Ergebnissen der Tochtergesellschaften in Höhe von 10.476,3 Tsd. Euro abzüglich dem Verlust aus öffentlich-rechtlicher Tätigkeit 2021 in Höhe von 9.100,5 Tsd. Euro, zuzüglich der Auflösung der Sonderrücklage 2021 in Höhe von 1.682,3 Tsd. Euro sowie der Auflösung der Widmungsrücklage in Höhe von 4.015,0 Tsd. Euro wird 2021 in Höhe von 7.073,0 Tsd. Euro in eine freie Rücklage eingestellt.

Die Sonderrücklage gem. § 39a ORF-Gesetz beträgt im Geschäftsjahr 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.682,3 Tsd. Euro) und wurde 2021 letztmalig bestimmungsgemäß zu 20 % aufgelöst.

Die veranschlagten Budgets für die Generalsanierung des Gebäudebestandes am Küniglberg betragen unverändert rund 223,2 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Neubaumaßnahmen beträgt der Budgetrahmen für das Gesamtprojekt weiterhin die vom Stiftungsrat freigegebenen 303,7 Mio. Euro. Die aktuelle Kostenprognose liegt ohne Berücksichtigung der noch vorhandenen Projektreserven unter diesen veranschlagten Budgetzahlen. Durch die Umsetzung des sogenannten „Plan B“ – sowohl für den multimedialen Newsroom inkl. Ö3 als auch für Ö1 werden innerhalb der Kubatur der bestehenden Objekte 5, 7 und 8 Neubauf Flächen errichtet – wurden bestehende Räumlichkeiten abgerissen bzw. umgenutzt. Aufgrund des erfolgreichen Projektfortschritts im abgelaufenen Jahr liegen für alle Objekte und zu überwiegenderen Teilen die Kosten auf Ebene effektiv beauftragter Angebote vor und die Vergabeverfahren konnten mit Ausnahme einer weniger Gewerke im Rahmen der Einrichtung abgeschlossen werden. Die Kostensicherheit in Bezug auf die bisher berichtete Kostenprognose wird durch den erfolgten Vergabefortschritt sukzessive erhöht und das Risiko möglicher Marktpreisschwankungen deutlich verringert. Darüber hinaus konnten sämtliche eingeleiteten behördlichen Genehmigungsverfahren mit den zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien positiv abgeschlossen werden. Einzelne Projektrisiken konnten damit erheblich reduziert werden (z.B. ORF-seitige Nutzungsänderungen im laufenden Anforderungsprozess, Zeitverzögerungen aufgrund von Einsprüchen im Baubewilligungsverfahren, etc.). Mit dem fortgeschrittenen Umsetzungsstand hat sich insbesondere auch das Bestandsrisiko entsprechend verringert. Die Generalsanierung wurde im Jahr 2012 begonnen und wurde entsprechend dem Rahmenterminplan bis auf die Gebädetrakte 3c und 3d – die erst nach Abschluss des Digitalisierungsprojektes saniert werden können – und einzelner nachgelagerter Maßnahmen, Ende 2021 abgeschlossen. Im Jahr 2021 konnten neben den bereits erfolgten Sanierungen der Objekte 1, 2, 3 (Sanierung und Erweiterung Kindergarten), 4 (Content Management Center – Neues Sendezentrum) auch die baulichen Maßnahmen im Neubau (Objekte 5, 7a und 8) fertiggestellt werden. In den kommenden Monaten werden sowohl die geplanten Büroeinrichtungen als auch die rundfunktechnischen Einbauten im Vorfeld zur Besiedlung des Multimedialen Newsrooms und den Übersiedlungen von Ö1 und Ö3 fertiggestellt. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2021 die bauliche Fertigstellung der Sanierungsbereiche 3A und 3B, sowie die Fertigstellung des zweiten Sanierungsabschnittes der Arbeitsmedizin im Objekt 6. Im dritten Quartal des Jahres konnte bereits die neue Kantine im ORF-Zentrum in Betrieb gehen.

Der Beginn der Verwendung der Sonderrücklage hat, wie vorgesehen, mit der Teilfertigstellung des Objektes 1 im Jahr 2017 begonnen.

Abseits des oben geschilderten Projektfortschritts hatte die Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 mitunter erhebliche Auswirkungen auf die einzelnen Baufelder. Trotz der weiterhin vorherrschenden Restriktionen für die ORF-Baustellen (- Abstand halten, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, notwendige Dislozierung von Mannschafts- und Duschcontainern, etc.) konnten die wesentlichen Projektmeilensteine im Rahmen der Terminvorgaben erreicht werden.

Sonderrücklage § 39 a ORF-Gesetz:

§ 39 a. (1) Die Bildung einer Sonderrücklage durch den Österreichischen Rundfunk ist nur für konkrete Vorhaben der nachstehenden Art zulässig:

1. grundlegende unternehmerische Umstrukturierungsmaßnahmen samt Begleitkosten;
2. Großinvestitionen in Sachanlagevermögen zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags;
3. mit technischen Innovationen verbundene Umstellungskosten, die sich nicht direkt auf den Umfang der Angebote im öffentlich-rechtlichen Auftrag auswirken.

Alle Vorhaben müssen solche sein, die sich deutlich von Vorhaben im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs unterscheiden; sie umfassen nicht die laufende Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Programme und Angebote.

Rücklagen zur Eigenkapitalsicherung § 39 b ORF-Gesetz:

1. ohne die Erhöhung ist die fortgesetzte Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags mittelfristig (über einen Zeitraum von fünf Jahren) nicht mehr sicher gestellt;
2. das zugeführte Eigenkapital darf ausschließlich zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags und nicht für kommerzielle Tätigkeiten verwendet werden;
3. das Eigenkapital des Österreichischen Rundfunks ist in der laufenden und/oder in der vorangegangenen Finanzierungsperiode durch Verluste aus der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gesunken;
4. die Erhöhung überschreitet die Höhe dieser Verluste nicht.

Im Folgenden werden die Rücklage gemäß § 39b ORF-Gesetz und weiters die Bruttoverluste im Sinne des § 39b Abs. 2 Z 3 ORF-G aus der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags (saldiert mit den Überschüssen aus konnex kommerziellen Tätigkeiten) aus der laufenden (seit 2017) Finanzierungsperiode dargestellt:

						Rücklage § 39b	Rücklage § 39b
	2017	2018	2019	2020	2021	ORF-G	ORF-G
Jahresergebnis in Tsd. Euro	2017	2018	2019	2020	2021	31.12.2020	31.12.2021
ORF Einzelabschluss	3.880	2.882	20.559	23.094	6.733		
Gewinnausschüttungen verb. Unternehmen	-16.681	-22.107	-28.211	-18.482	-29.128		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-10.681	-9.725	-10.983	-20.503	-4.659		
Konzernbuchungen			769	-1.053	1.082		
ORF bereinigt	-23.482	-28.950	-17.866	-16.944	-25.972	0	0
ORF-Enterprise GmbH & Co KG	2.524	2.655	1.551	3.265	4.869	3	3
(-) Zuweisung / (+) Auflösung unversteuerte Rücklagen	0	0	0	0	0		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-1.157	-1.375	-1.712	-1.643	-1.798		
ORF-Enterprise GmbH & Co KG bereinigt	1.367	1.280	-161	1.622	3.071	0	0
GIS Gebühren Info Service GmbH	50	42	39	26	19		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-50	-42	-39	-26	-19		
GIS bereinigt	0	0	0	0	0	0	0
KDV Klassik Digital Vertriebs-GmbH	-806	-335	-387	-215	-359		
- Fremddanteile	403	168	194	108	180		
KDV bereinigt	-403	-167	-193	-107	-179	0	0
Österreichische Rundfunksender GmbH & Co KG	17.103	25.877	22.454	23.434	20.972		
(-) Zuweisung / (+) Auflösung unversteuerte Rücklagen	0	1.595	0	0	0		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil			-5.838	-7.660	-6.699		
- Fremddanteile	-6.841	-10.989	-6.646	-6.310	-5.709		
Österreichische Rundfunksender GmbH & Co KG bereinigt	10.262	16.483	9.970	9.464	8.564	0	0
Fimmit GmbH & Co KG	-433	144	-171	48	0		
- Fremddanteile	158	-53	62	0	0		
Fimmit bereinigt	-275	91	-109	48	0	0	0
ORF Online und Teletext GmbH & Co KG	3.017	2.389	2.090	2.716	2.969		
ORF Marketing & Creation GmbH & Co KG	661	685	630	767	669	0	0
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH & Co KG	343	360	573	669	606		
ORF - KONTAKT Kundenservice GmbH & Co KG	672	556	503	820	846		
ORF Landesstudio Marketing GmbH & Co KG	213	200	209	161	168	290	290
ORF Landesstudio Service GmbH & Co KG	146	154	159	149	159		
Summe	-7.479	-6.919	-4.195	-635	-9.099	293	293

Brutto-Verlust gemäß § 39b Abs. 2 Z 3 ORF-G (Summe 2017-2021)	-28.327
---	---------

B. Investitionszuschüsse

Die Investitionszuschüsse betreffen die Förderung für die thermische Sanierung und die Förderung für die LED-Systeme im Innenbereich des Objekts 1. Die Inbetriebnahme des der Förderung zugrundeliegenden Objektteils erfolgte in 2017. Die Investitionszuschüsse wurden 2021 anteilig entsprechend der Abschreibung der getätigten Investitionsmaßnahmen aufgelöst.

Ebenso ist hier auch die Covid-19-Investitionsprämie ausgewiesen. Diese fördert Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen mit 7 % bzw. 14 % der Anschaffungskosten. Herangezogen werden konnten per 2021 dazu auch schon Erstmaßnahmen beginnend ab 01. September 2020 bis 31. Dezember 2021.

C. Rückstellungen

In den Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen ist ein Betrag in Höhe von 3.283,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.493,6 Tsd. Euro) für Vorruhestände und Personalmaßnahmen enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen untergliedern sich wie folgt:

(in Tsd. Euro)	31.12.2020	31.12.2021
Arbeitsgerichtsprozesse und sonstige Verfahren	20.155,4	19.361,6
Lizenzgebühren- und Aufführungsrechte	13.805,3	13.154,6
Unterlassene Instandhaltung	13.535,0	15.121,9
Remuneration nach KV 2003	6.543,5	6.614,5
Verwertungsgesellschaften	5.498,6	14.363,2
Standortrückstellung	4.824,8	3.283,3
Überstundenentgelte	2.724,6	2.804,9
Öst. Filminstitut	2.500,0	2.500,0
Filmsicherung	2.209,4	1.924,0
sonstige Rückstellungen < 500 Tsd. Euro	21.239,0	21.464,1
	93.035,6	100.592,1

D. Verbindlichkeiten

Die Gesamtverbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren betragen zum Bilanzstichtag 181.177,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 181.286,3 Tsd. Euro).

Am 5. November 2015 hat der ORF Anleihen (Namensschuldverschreibungen) in vier Tranchen in Höhe von 180,0 Mio. Euro am Markt begeben.

	SPOT 1	SPOT 2	SPOT 3	FORWARD
Nominale EUR	20.000.000	10.000.000	100.000.000	50.000.000
Emissionspreis	99,839 %	100,000 %	100,000 %	99,834 %
Emissionserlös EUR	19.967.800	10.000.000	100.000.000	49.917.000
Valuta	05.11.2015	05.11.2015	05.11.2015	07.11.2016
Laufzeit	20 Jahre	20 Jahre	30 Jahre	29 Jahre
Kupon	2,171 %	2,181 %	2,309 %	2,364 %
Fälligkeit	05.11.2035	05.11.2035	06.11.2045	06.11.2045

Der ORF unterliegt aufgrund der Emission der Anleihen ab 2015 einem jährlichen Rating durch eine Ratingagentur.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten in Höhe von 1.177,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.286,3 Tsd. Euro) mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen von 49,9 Mio. Euro (Vorjahr: 42,8 Mio. Euro) enthalten, die nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung miteinbezogen werden, betreffen zur Gänze Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen zur Gänze Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Es bestehen keine dinglichen Sicherheiten für Verbindlichkeiten.

Angaben gemäß § 237 Abs. 1 Z. 2 UGB:

Der ORF haftet gemäß § 17 des Genossenschaftsvertrages der APA für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft im Falle der Liquidation oder des Konkurses neben seinen Geschäftsanteilen noch mit einem weiteren Betrag in der Höhe seiner Anteile.

Der ORF hat nach § 5 Abs. 5 RGG einen allfälligen Verlust der GIS Gebühren Info Service GmbH zur Gänze zu tragen.

Angaben gemäß § 238 Abs. 1 Z. 10 UGB:

Der ORF ist keine wesentlichen sonstigen außerbilanziellen Geschäfte eingegangen.

An Sport-, Film- und Hörfunkrechten besteht per 31.12.2021 ein Bestellobligo in Höhe von 224,6 Mio. Euro (Vorjahr: 194,7 Mio. Euro).

Im Bereich Satellit bestehen Abnahmeverpflichtungen per 31.12.2021 in zweistelliger Millionenhöhe.

Das Unternehmen hat eine Erhebung zu nahe stehenden Unternehmen und Personen gemäß § 238 Abs. 1 Z 12 UGB durchgeführt. Konkret hat der ORF bei seinen Stiftungsräten und seinem Schlüsselpersonal Abfragen über die nahestehenden Personen bzw. Unternehmen sowie über die zwischen diesen und ORF-Konzerngesellschaften abgeschlossenen Geschäfte durchgeführt. Als Grenze für die Wesentlichkeit wurde ein Geschäftsvolumen von mindestens 5.000,00 Euro netto im Kalenderjahr angegeben. Der ORF hat auf dieser Basis Kontrollen durchgeführt und in den eigenen Systemen die Angaben überprüft.

Es sind keine Geschäftsfälle hervorgekommen, die zu marktunüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

E. Passive Rechnungsabgrenzung

Entsprechend der Bescheide der KommAustria über Abschöpfungsverfahren nach § 38a ORF-G hinsichtlich von sechs Spielen der österreichischen Nationalmannschaft bei der Eishockey-A-WM 2011, dem Tennis Davis Cup 2011, der Bereitstellung der App zur Ski-Weltmeisterschaft in Schladming 2013 und der ORF-Nachlese Edition Winterzeit 2015 wurden Beträge in Höhe von 236.147,38 Euro (Vorjahr: 268,1 Tsd. Euro) auf die Sperrkonten gem. § 39c ORF-Gesetz übertragen.

In den Jahren 2017 bis 2021 wurden gemäß § 39c ORF-G jeweils ein Fünftel des auf dem Sperrkonto dotierten Betrages hinsichtlich der sechs Spiele der österreichischen Nationalmannschaft bei der Eishockes-A-WM 2011 aufgelöst.

Es wurde gemäß § 124b Z 270 EStG für die bis zum 31. Dezember 2015 unterlassenen Zuschreibungen eine steuerliche Zuschreibungsrücklage gebildet, die gemäß § 906 Abs 32 UGB als passiver Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und entsprechend diesen steuerlichen Bestimmungen aufgelöst wird.

Die Höhe der Zuschreibungsrücklage beträgt 15.759,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 15.759,8 Tsd. Euro).

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Allgemein:

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr überwiegend im Inland erzielt und gliedern sich in folgende Bereiche:

(in Tsd. Euro)	2020	2021
Programmtergelte	644.874,54	644.931,69
Werbeerlöse	200.403,93	228.278,89
Sonstige Umsatzerlöse	171.516,18	179.033,40
	1.016.794,65	1.052.243,98

Unter der Position sonstige betriebliche Erträge ist ein Betrag von 55,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 8,8 Tsd. Euro) aufgrund der Auflösung von Rückstellungen für Jubiläumsgelder ausgewiesen.

Personalaufwand

Unter der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Beiträge an Betriebliche Vorsorgekassen ist ein Betrag von 11.943,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 13.057,1 Tsd. Euro) ausgewiesen. Davon entfallen 8.539,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 9.742,2 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Abfertigungen.

Unter der Position Aufwendungen für Altersversorgung ist ein Betrag von 9.582,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 17.249,0 Tsd. Euro) ausgewiesen. Davon entfallen 1.019,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.645,2 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Zusagen, für welche eine Rückstellung angesetzt ist und 8.562,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.603,8 Tsd. Euro) für Zusagen, für die ausschließlich Beiträge zu leisten sind.

Aufwendungen für Abschlussprüfer:

Die in den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Aufwendungen für die Prüfungskommission gemäß § 40 ORF-Gesetz betreffen:

(in Tsd. Euro)	31.12.2020	31.12.2021
Jahresabschlussprüfung Konzernabschluss	30,0	31,6
Jahresabschlussprüfung Einzelabschlüsse vollkonsolidierte verbundene Unternehmen	327,7	336,5
Jahresabschlussprüfung Einzelabschlüsse nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	19,8	19,8
Andere Bestätigungsleistungen	233,0	268,2
	610,5	656,1

Die Aufwendungen werden innerhalb der Prüfungskommission aufgeteilt.

Zinsaufwand

Die im Finanzaufwand ausgewiesene Zinskomponente aus der Zuweisung zur Abfertigungsrückstellung beträgt 5.393,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.615,9 Tsd. Euro), der auf die Rechnungszinsänderung von 1,59 % auf 1,15 % zurückzuführen ist. Darin ist auch ein Ertrag aus der Rechnungszinsänderung aus dem RÄG 2014 in Höhe von 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr: -597,1 Tsd. Euro) enthalten.

Die im Finanzaufwand ausgewiesene Zinskomponente aus der Zuweisung zur Pensionsrückstellung beträgt 7.334,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.085,4 Tsd. Euro), wovon 4.893,2 Tsd. Euro auf die Rechnungszinsänderung von 2,16 % bzw. 2,44 % auf 1,76 % bzw. 2,02 % zurückzuführen ist. Darin ist auch ein Ertrag aus der Rechnungszinsänderung aus dem RÄG 2014 in Höhe von 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr: -2.952,3) enthalten.

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Im Investmentfonds E5 wurden erwirtschaftete Ergebnisanteile in 2021 nicht ausgeschüttet. Die im Fonds verbliebenen ausschüttungsgleichen Erträge belaufen sich auf 6,2 Tsd. Euro (Vorjahr: -38,8 Tsd. Euro).

Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente wie Devisentermingeschäfte werden zur Absicherung von Zahlungsströmen in US-Dollar eingesetzt. Grundsätzlich setzt der ORF derivative Finanzinstrumente sowohl mit als auch ohne Bezug zu einem Grundgeschäft ein.

Devisentermingeschäfte		2020		2021	
		Nominalwert	Zeitwert	Nominalwert	Zeitwert
Kauf	Tsd. USD	9.618,0		4.975,0	
	Tsd. Euro	8.073,0	-261,4	4.192,0	177,5

Im Berichtsjahr handelt es sich um Devisentermingeschäfte. Die Bewertung erfolgte mit der Forward Rate Methode. Marktwertschwankungen werden bei negativem Marktwert rückgestellt und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Für 2021 war aufgrund der Kursentwicklung keine Dotierung einer Rückstellung (Vorjahr: 261,4 Tsd. Euro) erforderlich.

V. SONSTIGE ANGABEN

Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Fremdüblichkeit der Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wird laufend überwacht und dokumentiert.

Mitarbeiter

Arbeitnehmer und Geschäftsführung:

	2020	2021
Arbeitnehmer (VZÄ)	3.650	3.640
freie Mitarbeiter (VZÄ)	242	245
	3.892	3.885

Aufteilung des Abfertigungs- und Pensionsaufwandes im Geschäftsjahr zwischen Mitgliedern der Geschäftsführung/leitende Angestellte (inkl. Prokuristen) und Dienstnehmer/freie Mitarbeiter:

(in Tsd. Euro)	2020		2021	
	Abfertigung	Pensionen	Abfertigung	Pensionen
Geschäftsführung und leitende Angestellte	433,6	2.154,4	735,7	985,8
Angestellte und freie Mitarbeiter	12.623,5	15.094,6	11.207,5	8.596,4
	13.057,1	17.249,0	11.943,2	9.582,2

Im Geschäftsjahr war Herr Dr. Alexander WRABETZ Generaldirektor des Österreichischen Rundfunks. Ab 1. Jänner 2022 hat Herr Mag. Roland WEISSMANN die Funktion des Generaldirektors übernommen.

Im Berichtsjahr wurden keine Vorschüsse, Kredite oder Haftungen an den Generaldirektor gewährt.

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben gemäß § 242 Abs. 4 UGB.

Für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung wurden Pensionen in der Höhe von 300,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 299,0 Tsd. Euro) bezahlt.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine berichtspflichtigen Ereignisse oder Vorgänge mit besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist ein dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft ähnliches, aber mit darüber hinausgehenden Kompetenzen ausgestattetes Leitungs- und Aufsichtsorgan des Österreichischen Rundfunk.

Im Geschäftsjahr 2021 gehörten folgende Personen dem Stiftungsrat des Österreichischen Rundfunks an:

Univ. Prof. Dr. Ewald ASCHAUER (Bundesregierung über Vorschlag der ÖVP)
Mag. Jürgen BEILEIN (Bundesregierung)
Gerhard BERTI (Zentralbetriebsrat)
Mag. Andrea DANMAYR (Bundesregierung)
Mag. Werner DAX (Burgenland)
Mag. Ulrike DOMANY-FUNTAN, MBA (Salzburg) (seit 15.07.2021)
Herbert FECHTER (Bundesregierung)
MMag. Dr. Alfred GEISMAYR (Vorarlberg)
Mag. Corina HEINREICHBERGER (Publikumsrat)
Univ.-Prof. Dr. Katharina HOFER (Oberösterreich)
Prof. Herwig HÖSELE (Bundesregierung)
Christiana JANKOVICS, Bakk.phil. (Zentralbetriebsrat)
Stefan JUNG (Zentralbetriebsrat)
Direktor Norbert KETTNER (Wien)
Mag. Andreas KRATSCHMAR (Publikumsrat)
Heinz LEDERER (Bundesregierung über Vorschlag der SPÖ)
Dipl. Ing. Matthias LIMBECK (Salzburg) (bis 25.06.2021)
Mag. Lothar LOCKL (Bundesregierung)
Sophie MATKOVITS (Publikumsrat)
Dr. Franz MEDWENITSCH (Bundesregierung)
GF Mag. Helmut MIERNICKI (Niederösterreich)
Barbara NEPP (Publikumsrat)
Siegfried NEUSCHITZER (Kärnten)
Dr. Sigrid PILZ (Bundesregierung über Vorschlag DIE GRÜNEN)
Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus POIER (Steiermark)
Josef RESCH (Tirol)
Marianne SCHÜTTNER, MBA (Zentralbetriebsrat)
Mag. Gregor SCHÜTZE (Bundesregierung)
Dr. Norbert STEGER (Bundesregierung über Vorschlag der FPÖ)
Gudrun STINDL (Zentralbetriebsrat)
MMag. Dr. Petra STOLBA (Publikumsrat)
Ruth STRONDL, MAS (Bundesregierung)
Mag. Bernhard TSCHREPITSCH (Bundesregierung)
Dr. Georg WATSCHINGER (Publikumsrat)
Mag. Thomas ZACH (Bundesregierung über Vorschlag der ÖVP)
Mag. Anita ZIELINA MBA (Bundesregierung, Vorschlag NEOS)

An die Mitglieder des Stiftungsrats wurden Bezüge in der Höhe von 52,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 55,3 Tsd. Euro) bezahlt.

An Mitgliedern des Stiftungsrates wurden keine Vorschüsse ausgezahlt oder Kredite gewährt und es wurden für sie auch keine Haftungen übernommen.

Der Generaldirektor

Wien, am 4. Mai 2022

Mag. Roland Weißmann